

Evangelische Verantwortung

Die Gemeinschaft handlungsfähiger machen – Offenheit und Bürgernähe

Wolfgang Schäuble

Angesichts der Herausforderungen, vor denen wir Deutschen weltweit und in Europa stehen, ist für mich die entscheidende Frage, ob wir diesen Staat und unsere nationale Gemeinschaft zureichend als eine Wertegemeinschaft verstehen. Ich frage mich, ob genügend Übereinstimmung in den Grundüberzeugungen gibt, um den notwendigen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft dauerhaft zu sichern. Wir spüren doch noch heute die Folgen aus den kulturrevolutionären Umbrüchen der sechziger Jahre. Seither hat es zwar einen Abbau überlieferter Werte gegeben; der Aufbau neuer Werte, die an ihre Stelle treten sollten, ist aber ausgeblieben.



Dr. Wolfgang Schäuble: Die Familien stärken, Solidarität zwischen den Generationen fördern

Wir haben viel an Autorität verloren, eher zuviel. Und das, wo immer deutlicher wird, daß die jüngere Generation ohne ein überzeugendes Werteangebot, ohne Leitbilder und Autoritäten, ohne institutionelle Bindungen nicht auskommt. Wo immer deutlicher wird, daß Jugendliche und junge Erwachsene Anleitung brauchen, daß sie Vorgaben brauchen, daß es mit Bildung und Ausbildung nicht getan ist, sondern daß es entscheidend auf Erziehung ankommt.

Berlins Schulsenator Jürgen Kleemann hat kürzlich zu Recht vor den Gefahren gewarnt, sollte es uns am Mut zur Erziehung fehlen: „Zu lange ist Autorität mit autoritär verwechselt worden, und wurde Erziehung mit Repression und struktureller Gewalt gleichgesetzt.“

Erziehung und Werteangebote wieder betonen

Über viele Jahre war Erziehung eher verpönt, standen Selbstbestimmung, Selbstverwirklichung und Selbstfindung allzu deutlich im Vordergrund ... Mangelnde Erziehung im Elternhaus und in der Schule führt zu Kindern und Jugendlichen, die sich alleingelassen fühlen, die unter Orientierungslosigkeit, Langeweile und Überdruß leiden – ein Nährboden für Gewaltbereitschaft und für rechtsextreme Orientierung.“

Zumal wir Älteren müssen uns selbstkritisch fragen, ob wir nicht Schuld an derartigen Fehlentwicklungen tragen. Sind es nicht unsere Scheu, Vorbildfunktion zu übernehmen, unser mangelnder Wille, die junge Generation ernstlich mit Herausforderungen zu konfrontieren, unser recht oberflächlicher Begriff von Liberalität, die die moralisch-ethische Desorientierung bei einem Teil der jungen Generation erst ausgelöst haben? Hat es nicht in der Vergangenheit allzusehr an Erziehung zu Mitmenschlichkeit, zu sozialem Engagement, zu verantwortungsbewußter politischer Beteiligung gefehlt?

Mangel an Bindungen und Verpflichtungsängste

Wenn es heute Probleme gibt bei der Vermittlung von Werten an die jüngere Generation, dann hat dies entscheidend damit zu tun, daß die sozialen Strukturen in unserem Lande, die Familien in ihrer Funktionskraft geschwächt worden sind, daß die Bindungswirkung von Vereinen, auch der Kirchen nachläßt, daß der Zusammenhalt in den Gemeinden schwindet. Der Auflösung sozialer und institutioneller Bindungen entspricht eine gesellschaftliche Entwicklung, in der Werte des Lebensgenusses und der Freizeit immer höhere Bedeu-

tung gewinnen. In einer solchen Zeit der Individualisierung von Lebensstilen ist ein gemeinsamer Grundbestand an Werten und Überzeugungen, ein gemeinsamer Pflichtenkodex nur schwer zusammenzuhalten.

Wenn wir dieser Entwicklung etwas entgegensetzen wollen, dann müssen wir insbesondere die Familien stärken, dann müssen wir den Austausch und die Solidarität zwischen den Generationen befördern. Dies ist eine gesellschaftspolitische Aufgabe ersten Ranges. Sie umfaßt Fragen des Familienlastenausgleichs, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der Unterstützung von Pflegeleistungen für ältere Familienangehörige, der Wohnungsbauförderung und vieles andere mehr. Erziehung, Wertevermittlung setzt intakte Familien voraus, die sich vom Rückhalt der staatlichen Gemeinschaft getragen fühlen.

Klares Wertegerüst

Die Union hat ein klares Wertegerüst. Darauf beruht unsere Arbeit in der Fraktion. Deshalb sind wir die stabilisierende Kraft in der Regierungskoalition. Damit dies so bleibt, müssen wir auf die notwendige Geschlossenheit in unserer Fraktion achten. Bei 317 Abgeordneten ist dies nicht immer einfach, und doch ist es uns insgesamt gut gelungen.

Wir dürfen uns in der Koalition von CDU/CSU und FDP nicht auseinandertreiben lassen. Ich weiß wohl, daß manche versuchen, einen Keil in die Koalition zu treiben. Aber es wird ihnen nicht gelingen. Wir werden mit dieser Bundesregierung weiter Erfolg haben, wenn wir bei aller Festigkeit in den Grundsatzpositionen offen bleiben für das Gespräch und für den Kompromiß. Die dafür notwendigen Gemeinsamkeiten sind vorhanden.

Über den Zustand der SPD macht sich niemand Illusionen. Die innere Zerrissenheit und Handlungsunfähigkeit der Sozialdemokraten, die bereits klar zu Tage getretene mangelnde Durchsetzungsfähigkeit ihres neuen Vorsitzenden, sind für uns kein Grund zur Schadenfreude. Wem es um das Schicksal unseres Landes zu tun ist, dem ist der Zustand der SPD eher Anlaß zur Besorgnis. Um so mehr werden wir uns auf unsere eigene Verantwortung als Union konzentrieren müssen.

Neue Aufgaben positiv angehen

Die Aufgaben, vor denen wir heute stehen, sind größer geworden, wir haben neue Verantwortungen. Es fällt uns allen nicht leicht, uns dem zu stellen. Aber es muß uns gelingen, auf neue Herausforderungen nicht mit Resignation oder Verweigerung, sondern mit Optimismus und Zuversicht zu reagieren.



Wir haben keinen Grund zur Verzweiflung. Die Probleme sind groß, aber sie waren vor der deutschen Einheit viel größer. Die Teilung war eine Wunde in der Seele der Deutschen, und auch die Vergangenheit unter zwei Diktaturen ist eine Wunde in der Seele der Deutschen und unseres deutschen Vaterlandes. Aber die Chance, daß diese Wunden heilen, ist heute größer als je zuvor.

Wenn wir Deutschen uns heute einschränken müssen, wenn wir Verzicht leisten müssen, wenn wir Belastungen tragen müssen, damit wir uns eine gute Zukunft sichern, dann geht darüber die Welt nicht unter. Ich bin überzeugt: Wenn die Menschen spüren, daß wir die Kraft besitzen, Veränderungen durchzusetzen und den Menschen den Weg in eine bessere Zukunft zu zeigen, dann werden sie uns mit großer Mehrheit folgen.

Dr. Wolfgang Schäuble ist Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Es handelt sich hier um einen Auszug aus seinem Bericht vor dem CDU-Bundesparteitag in Berlin.

Zur Frage des pädagogischen Wertekonsenses

Hans-Martin Pawlowski

Wer heute fragt, auf welchem Wege man dazu beitragen kann, daß sich die Bürger in unseren Ländern an Normen orientieren, die ein friedliches gemeinsames Zusammenleben in Freiheit ermöglichen, muß sich darüber klar sein, daß Aufrufe und Appelle nicht genügen.

Unsere jungen Rechtsextremen in Deutschland z.B. werden nicht aufhören, jüdische Friedhöfe zu schänden oder Asylbewerberheime anzuzünden, wenn man in den Medien und schon in den Schulen beschwörend darauf hinweist, daß man keine Häuser anzünden darf, oder dazu aufruft, zu allen Menschen und auch zu vielleicht unerwünschten Ausländern freundlich zu sein. Was heute fehlt, ist nicht die Predigt des Gesetzes; der Verfall der Werte, den man weithin beklagt, ist nicht eine Erscheinung der Unwissenheit: Es wird vielmehr genügend darauf hingewiesen, daß man nicht stehlen oder betrügen, keine Steuern hinterziehen, kein Rauschgift kaufen und verkaufen oder konsumieren soll. Aber man hält sich immer weniger daran. Und zwar aus einem verhältnismäßig einfachen Grunde: Weil es sich

für den einzelnen persönlich nicht zu lohnen scheint, sich an Normen zu halten.

Was man tun muß, um diesen Zustand zu ändern, ist – allgemein gesprochen – auch ziemlich klar, wenn man sich vor Augen führt, woraus sich für Menschen Verpflichtung ergibt: Nämlich aus dem, was für den einzelnen Menschen seinem Leben Sinn gibt – wofür er lebt. Martin Luther schrieb dies mit dem Satz „Wo Du deinen Schatz hast, da hast Du Dein Herz“. Wer also dazu beitragen will, daß sich die Bürger in unseren Ländern an Normen orientieren, die ein gemeinsames friedliches Zusammenleben ermöglichen, der muß diese Bürger in dem ansprechen, woraus sie leben – auf das, was sie für ihren Schatz halten.

Schwierig wird dieses Unternehmen nun dadurch, daß es heute aufgrund der sog. pluralistischen Verfassung unserer Länder keine Instanzen gibt, die etwas verwalten, das für alle Bürger wertvoll ist – was man früher von den Kirchen sagen konnte: Solange Gott der Schatz aller Gläubigen ist – dann wird es zwar viele Sünder geben, aber jeweils Sünder mit schlechtem Gewissen, womit die Gemeinschaft (der Staat) dann umgehen kann. Dies hat sich allerdings im Entscheidenden nicht dadurch geändert, daß es heute nicht mehr eine oder einzelne christliche Kirchen gibt, die auf Gott hinweisen, sondern daneben noch unterschiedliche Glaubensgemeinschaften, die sich auf die Menschheit, auf die Geschichte, auf die Natur u.a.m. beziehen.

lfg

„Ich wünsche mir, daß wir in der Demokratie die Zivilcourage haben, die wir von anderen in der Diktatur verlangen.“

(Bundestagspräsidentin Rita Süsmuth zur wachsenden Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen)

Denn wenn es danach auch nicht mehr einen Schatz gibt, auf den man alle gleichermaßen ansprechen kann (und damit auch keine allgemeinen ethischen Pflichten), so gibt es doch weiterhin, wenn auch verschiedene, Glaubensgemeinschaften, und damit Instanzen, die Verpflichtungen begründen und definieren, an denen die Pflichtgemeinschaft (der Staat) anknüpfen kann.

Was es vielmehr schwierig macht, alle oder doch fast alle auf ihren „Schatz“ anzusprechen, ist der Umstand, daß heute in unseren Ländern eine große Anzahl Bürger leben, für die sich der Sinn ihres Lebens nicht aus den Überzeugungen der (Religions- oder Weltanschauungs-)Gemeinschaft ergibt, denen sie angehören, sondern – nur – aus ihrem eigenen (Wert-) Erleben – aus dem, was sich nach ihrem Empfinden als wertvoll darstellt. Und dies hat zur Folge, daß alles Reden von allgemeinen Verpflichtungen leer und unverständlich bleibt.

Denn wenn sich für den einzelnen, der seinen Sinn in sich selbst zu finden meint, in dieser Selbstbezüglichkeit auch eine Reihe von Dingen als „wertvoll“ darstellen mögen – woraus sich dann auch für ihn Verpflichtungen er-

geben können –, so lassen sich doch in diesem Werterleben „Sein und Schein“ nie trennen, wie die Wertphilosophie eindringlich herausgearbeitet hat. Der Bürger, der seinen Sinn in sich selbst zu finden meint, wird von der Gemeinschaft nur ansprechbar sein, wenn und soweit sie ihm dafür etwas bietet, was ihm zur Zeit erstrebenswert scheint: Und das führt zu Zuständen, in denen man dann von Wertverfall spricht.

Verfall des Wertebewußtseins

Die Antwort auf die Frage, was man tun kann und muß, um den Problemen unserer Zeit zu begegnen, die man heute mit dem Stichwort „Verfall des Wertebewußtseins“ anspricht, liegt daher auf der Hand: Es genügt nicht und es bringt nichts, allgemein dazu aufzurufen, anständig und verantwortlich zu handeln. Wer dem „Verfall“ des Wertebewußtseins entgegentreten will, muß vielmehr die Glaubensgemeinschaften unterstützen, die allein die Verbindlichkeiten begründen, auf die ein Staat angewiesen ist.

Wir müssen darlegen, daß für den Staat ein frommer Mohammedaner oder ein überzeugter Humanist besser ist als ein Bürger, der seinen Sinn nur in sich selbst zu finden meint: Weil es keinen Sinn macht, die einzelnen, die ihren Sinn nur in sich selbst zu finden meinen, auf ihre Verpflichtungen anzusprechen. Denn Verbindlichkeiten, die sich nur aus einer Selbstbezüglichkeit ergeben mögen, stellen sich nach den Analysen des Wertelbens nicht als allgemeine Verbindlichkeiten dar – schon weil sie Schein und Irrtum einschließen. Und wenn Schein und Irrtum auch alle Menschen gefangen halten, so doch in verschiedenem Maße und in unterschiedlichen Zusammenhängen; diese Art von Verbindlichkeit verbindet die Menschen also nicht miteinander.

Allgemeine Verpflichtungen bedürfen vielmehr einer Instanz, die von den einzelnen unabhängig ist und ihnen gegenübersteht – auf die sie sich dann gleichermaßen beziehen können.

Diese Abhängigkeit des Staates von den verschiedenen Glaubensgemeinschaften, denen er seine Existenz verdankt, hebt auch die Neutralität des freiheitlichen Staates gegenüber den einzelnen Glaubensgemeinschaften

nicht auf. Der freiheitliche Staat hat zwar den Glauben frei gegeben; er schreibt niemand vor, was er glauben soll. Das heißt aber nicht, daß er nicht wissen könnte, was gut für ihn ist: Der freiheitliche Staat hat auf Freiheit gesetzt, nicht auf Dummheit.

Wir müssen daher allgemein klar machen, daß man nicht allein zum Richtigen kommen kann, sondern nur gemeinsam – daß also unser Staat darauf angewiesen ist, daß er von starken Glaubensgemeinschaften getragen wird.

Es wird dabei schließlich nicht genügen, von diesen Dingen nur zu reden. Ideen bedürfen vielmehr einer organisatorischen Gestalt, um wirksam zu werden. So ergibt sich aus diesen Überlegungen z.B. für die Gestaltung des Schulwesens, daß man das heute vorhandene Einheitsschulwesen durch eine Ordnung ersetzen muß, die eine Konkurrenz im Schulwesen organisiert – was ich an anderer Stelle dargelegt habe. In einem derartig organisierten Schulwesen kann die Schule dann auch wieder erziehen.



aus: Der Gemeindebrief

Sollte nämlich die heutige (Einheits-) Schule, in der die Kinder gehen müssen, ernsthaft erziehen (und die Schüler nicht nur darauf hinweisen, daß alles geht), so würde man damit einen Kampf zwischen Elternhaus und Schule organisieren. Haben aber die Eltern ihre Schule ausgewählt, so kann die damit gestiftete Gemeinschaft der Erzieher den Kindern und Jugendlichen auch wieder gemeinschaftlich gegenüber treten – und ihnen die gemeinschaftlichen Überzeugungen vermitteln.

Anm.: Prof. Dr. Hans-Martin Pawlowski ist Professor für Jura in Mannheim und Mitglied des EAK-Bundesvorstandes

Gedanken zur gegenwärtigen Situation von evangelischen Christen in politischer Verantwortung

Fritz Hähle

Nicht wenige, die heute im Osten Deutschlands politische Verantwortung tragen, sind aus Kirchengemeinden hervorgegangen. Die Mehrheit der Christen in der ehemaligen DDR hatte sich unter den Bedingungen der „Diktatur des Proletariats“ nahezu jeglicher politischer Aktivität enthalten. Als sich nach der politischen Wende 1989/90 demokratische Verhältnisse einstellten, hielten es viele Kirchenmitglieder für selbstverständlich, als Ausdruck und in Wahrnehmung christlicher Verantwortung nunmehr auch politische Ämter und Mandate zu übernehmen.

Niemand wußte damals genau, worauf er sich einließ, und wie stark die neuen Aufgaben den einzelnen in Anspruch nehmen würden. Heute zeigt sich, daß damit oft ein totaler Umbruch der Lebens- und Tätigkeitsbereiche verbunden war. Die enorme zeitliche Belastung durch die neue oder zusätzliche Aufgabe, mitunter auch verbunden mit einer überwiegenden Tätigkeit außerhalb des Heimatortes, außerhalb der gewohnten kleinen Lebenskreise – dazu gehört ganz besonders der gewohnte Kreis innerhalb der christlichen Gemeinde – haben nach meinem Empfinden zu einer gewissen Entwurzelung geführt.

Zugleich ist der neue Wirkungsbereich oft kaum geeignet, erneut Wurzeln im herkömmlichen Sinn schlagen zu können. Im Sächsischen Landtag z.B. besteht jeweils zu Beginn der Plenartagungen – einmal im Monat – die Möglichkeit zur Teilnahme an einer ökumenischen Andacht. Darüber existiert ein kleiner Kreis, der sich jeweils vor Beginn des zweiten Sitzungstages zu einem „Gebetsfrühstück“ versammelt.

Ermutigung aus der Kirche fehlt

Für Christen, die wesentlich mehr Gemeinschaft gewohnt sind, ist das aber doch recht magere Kost; und mancher wird sich nach einiger Zeit fragen, ob es denn überhaupt richtig gewesen sei, aus dem gewohnten Lebenskreis heraus in die „weltliche“ Politik zu treten.

Diese Frage drängt sich um so mehr auf, weil aus der Kirche selbst bisher kaum Ermutigung gekommen ist.

Die Kirchengemeinden haben den Aderlaß des Überwechsels eines Teils

ihrer aktiven Gemeindegemeindekerne in politische Ämter – hinzu kommen noch soziale Werke – bisher wohl noch nicht verkraftet. Überdies habe ich den Eindruck, daß insbesondere die evangelische Kirche bewußt auf Distanz geht zu denen, die heute politische Verantwortung tragen.

Vom Evangelium her haben wir drei Grundwerte, zugleich drei Kraftquellen für unsere Mitgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse, nämlich: *Wahrheit, Barmherzigkeit und Hoffnung.*

Landesbischof Dr. Johannes Hempel
Stellvertretender Ratsvorsitzender der EKD

Diese Aversion gegen alles Staatliche erscheint mir heute mitunter größer als zu DDR-Zeiten. Damit will ich nicht in Abrede stellen, daß es vor 1990 innerhalb unserer Kirche auch konsequenten Widerstand oder zumindest deutliche Abgrenzung zum SED-Regime gegeben hat.

Ich spreche hierbei lediglich von dem Eindruck, den die „offizielle“ Kirche – und das auch bei weitem nicht einheitlich – mitunter vermittelt hat.

Ich bin im Januar 1990 Mitglied der CDU geworden, ursprünglich nur mit der Absicht, für die Gemeindevertretung zu kandidieren. Die Wähler hatten mir dann zur Kommunalwahl 1990 großes Vertrauen entgegengebracht.

Im Oktober 1990 wurde ich in den Sächsischen Landtag und im Dezember 1991 auf Vorschlag von Prof. Kurt Biedenkopf zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden der CDU in Sachsen gewählt.

Es macht mich nun heute schon ein wenig betroffen, daß ich mich nunmehr von manchen – darunter auch von Vertretern der evangelischen Kirche – auf der Seite derjenigen eingeordnet sehe, die sich angeblich von den Armen und Bedrängten dieser Welt abgewendet haben, und die ausschließlich die Interessen eines auf ungehemmtes Wirtschaftswachstum angelegten Unternehmertums vertreten.

Angesichts solcher Mißdeutung und der offensichtlich fehlenden Kenntnis des politischen Programms der Christlichen Demokratischen Union halte ich es nicht für verwunderlich, wenn Evangelische Kirche eher mit sozialdemokratischem Gedankengut in Zusammenhang gebracht wird.

Daß es darüber hinaus auf Grund der Erfahrungen mit der DDR-Block-CPU noch ein gewisses Mißtrauen gegenüber der heutigen CDU gibt, halte ich für verständlich, wenn auch nicht mehr für begründet.

Besondere Verständigungsschwierigkeiten ergeben sich allerdings gerade in bezug auf das „C“, das für „christlich“ steht. Was unter einer christlichen Politik oder gar einem christlichen Staat zu verstehen sei, darüber gibt es unter Christen völlig verschiedene Ansichten.

Infolge dessen wird Christen, die sich einer „C-Partei“ zur Verfügung stellen, des öfteren unterstellt, sie seien überhaupt keine Christen, mindest keine „richtigen“.

Der allgemeinen Verwirrung kann insofern recht einfach abgeholfen werden, als es auch nach Ansicht und Programmatik der CDU weder „christliche Politik“ noch einen „christlichen Staat“ gibt und geben kann.

Die Präambel des Grundsatzprogramms der CDU Deutschlands, beschlossen 1978 in Ludwigshafen, sagt eindeutig:

„Aus christlichem Glauben läßt sich kein bestimmtes politisches Programm ableiten. Aber er gibt uns mit seinem Verständnis vom Menschen eine ethische Grundlage für verantwortliche Politik. Auf dieser Grundlage ist gemeinsames Handeln von Christen und Nichtchristen möglich.“

Der wesentliche christliche Grundansatz der Christdemokraten besteht in der Tat im Verständnis vom Menschen.

Ich verweise ausdrücklich auf den grundlegenden Unterschied zur „Das-Sein-bestimmt-das-Bewußtsein-These“ der Marxisten, deren unheilvolle Wirkung zu unserer ureigenen Erfahrung gehört.

Gemeinsames politisches Handeln

Der erste Satz im Artikel 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, wird auch von vielen Nichtchristen anerkannt. Für Christen setzt sich dieser Satz fort: „weil jeder Mensch ein unverwechtares und geliebtes Geschöpf Gottes ist.“

Auf dieser Basis können in einer „Union“ Nichtchristen, die nur den Hauptsatz anerkennen, und Christen verschiedener Konfessionen, für die Haupt- und Nebensatz untrennbar verbunden sind, gemeinsam politisch handeln.

Diesen Ausführungen will ich ausdrücklich hinzufügen, daß sich die CDU durchaus nicht als Inhaber eines christlichen Monopols versteht. Christen finden sich auch in anderen demokratischen Parteien, eben gerade deshalb, „weil sich aus christlichem Glauben kein bestimmtes politisches Programm ableiten läßt.“

Unstreitig dürfte unter uns sein, daß es der Gesellschaft keinesfalls schaden kann, wenn der Anteil derjenigen, die Politik ausdrücklich mit ihrer ganz persönlichen christlichen Verantwortung verbinden, möglichst hoch ist. Alle, die mit Ernst Christen sein wollen, werden für sich ableiten, daß sie in ihren Ansichten irren können, und daß sie demzufolge immer wieder der Korrektur bedürfen.

Das vernünftige Zusammenwirken zwischen der Kirche und einer politischen Partei kann am besten mit dem Begriff der „gegenseitigen kritischen Begleitung“ charakterisiert werden. Damit dürfte auch das Maß der notwendigen Distanz hinreichend beschrieben sein...

Während die christlichen Kirchen im Sozialismus immer die fehlende Freiheit zu Mission und Evangelisation

beklagten, ist demgegenüber festzustellen, daß unter den schier unbegrenzten Möglichkeiten in der Bundesrepublik den Kirchen offensichtlich auch kein durchschlagender Missionserfolg beschieden war.

Damit zeigt sich, was wir eigentlich schon immer unterschwellig ahnten: Es liegt nicht an den Verhältnissen – es liegt an den Christen! Und sofern man sich zu den Christen zählt, liegt es im entscheidenden Maße mit an einem selbst!

Zu christlichen Aktivitäten in der neuen Gesellschaft gehören Christenmenschen, jedenfalls anteilig, die diese Aktivitäten tragen.

Bischof Dr. Johannes Hempel, Dresden

Meine ganz persönlichen Erfahrungen, die ich in meinem engeren Umfeld gewonnen habe – insofern sind sie nicht allgemeingültig – besagen, daß die Missionskraft der Gemeinden eher erschlaft denn erstarkt ist, obwohl doch heute von den Möglichkeiten her kaum noch Grenzen gesetzt sind.

Grundwerte und Leitbilder finden

Es steht dem Staat natürlich nicht an, die Kirchen zu verstärkten Missionsanstrengungen nur deshalb zu drängen, weil ansonsten über kurz oder lang die demokratische Ordnung Schaden nehmen könnte. Und doch ist für mich dieser Zusammenhang unverkennbar, wohlwissend, daß dies niemals als Motiv auch nur im geringsten für die Kirche taugen kann.

Da Mission auf Befehl Christi und „zur Zeit und zur Unzeit“ geschehen soll, bedarf es allerdings auch keiner sonstigen Motivation.

Daß Christen nach Luthers Lehre von den zwei Reichen zugleich auch politisch aktiv sein dürfen, um „der Stadt Bestes zu suchen“ dürfte in der ev.-luth. Kirche sicherlich kein Streitpunkt sein. Insofern halte ich es auch für legitim, davon zu sprechen, daß es eine gemeinsame Aufgabe von Kirchen und Parteien sein kann, erstrebenswerte Ziele, Grundwerte und Leitbilder für verantwortliche Politik zu finden und zu formulieren. Ich gebe zu, daß ich, wenn ich nach diesen Zielen und Leitbildern gefragt werde, derzeit keine endgültigen Antworten weiß.

Gleichwohl kann das nicht auf Dauer so bleiben, denn ohne Ziele – die, wie bereits erwähnt, auch immer wieder der Korrektur bedürfen – kann niemand sagen, er kenne den Weg. Die Sächsische Union bemüht sich derzeit mit großem Ernst um ein eigenständiges Programm für die Zukunft. Dieses Programm wollen wir „von unten nach oben“ entwickeln, d.h., die Diskussion beginnt an der Basis und soll hauptsächlich dort geführt werden. Beiträge der Kirchen werden uns dabei sehr willkommen sein. Als Forum für gemeinsame Gespräche könnte z.B. der Evangelische Arbeitskreis der CDU Sachsen, den wir im Januar 1993 gegründet haben, geeignet sein.

Demokratische Mitwirkungspflicht

Sobald wir den Blick über unsere Landesgrenzen hinaus erheben, stoßen wir allenthalben auf kaum zu bewältigende Probleme, angesichts derer unsere eigenen kaum noch bedeutsam erscheinen. Der Zustand der Welt insgesamt gibt bei nüchterner Betrachtung Anlaß zur Resignation.

Christen wissen allerdings, daß die grundlegende Erneuerung der Welt letztlich allein der Wiederkunft Christi vorbehalten bleibt.

Als diejenigen, „die nicht von dieser Welt, aber in dieser Welt sind“, können wir uns nicht davor drücken, das zu tun, was uns vor die Füße gelegt ist.

Aus dieser Sicht dürfte es wenig Sinn machen, wenn sich die Christen, die in der Wende politische Verantwortung übernommen haben, alsbald wieder hinter die schützenden Kirchenmauern zurückzögen. Darüber hinaus erscheint es mir aber dringend geboten, daß auch die große Masse der „Nichtpolitiker“ ihrer demokratischen Mitwirkungspflicht im jeweiligen Umfeld nachkommt. Ohne eine allgemeine Bereitschaft zur Mitwirkung und Mitgestaltung, die sich nicht nur auf die Teilnahme an Wahlen beschränken kann, wird die Demokratie nicht funktionieren. Es ist leider ein weit verbreiteter Irrglaube, daß „die da oben“ für „die da unten“ alles lösen könnten.

Ann.: Dr. Fritz Hähle ist Erster Stellvertreter der Vorsitzender der CDU in Sachsen

Macht und Moral

Grundsätze einer Politik aus evangelischer Verantwortung

Horst Birkhölzer

Ich verstehe meine Aufgabe so, daß ich als einer, der im Rahmen der evangelischen Kirche über Ethik nachdenkt, eine persönliche Sicht zur Frage der Moral in der Politik vorstelle. Ein Grundsatzreferat würde diesen Rahmen sprengen. Ich möchte die Frage konkret und aktuell angehen und in einem ersten Teil zur Moral der Politik und in einem zweiten zur Moral der Politiker etwas sagen.

Die Moral der Politik

Ich nenne vier Leitfragen politischer Moral, die nach meiner Überzeugung aus Gründen der Vernunft ebenso, wie nach den Prinzipien christlicher Ethik wieder Priorität bekommen müßten.

Politik muß sich am Machbaren orientieren. Wunschdenken scheint mir eines der größten Laster in der Politik zu sein. Auf der anderen Seite bedeutet Orientierung am Machbaren auch die Notwendigkeit des Umgangs mit der Macht. Politische Moral braucht die Einsicht in die Gefahren des Machtmißbrauchs ebenso wie in die Gefahren der Verweigerung von Machtgebrauch. Nicht erst in demokratischen Gesellschaften, sondern längst vorher, ist eine wesentliche Frage politischer Moral die Frage der Legitimation von Macht und das bedeutet auch ihre Akzeptanz in der Bevölkerung. Es ist ein gefährlicher Irrtum wenn z.B. eine Partei meint, sie müsse sich vor allem um ihre eigene Glaubwürdigkeit mühen und dürfte dabei die Glaubwürdigkeit der Politik aufs Spiel setzen.

In Frage steht heute, aber nicht erst heute, die generelle Akzeptanz von Machtgebrauch, und politische Moral muß das Gleichgewicht zwischen Macht und Akzeptanz als eins ihrer obersten Prinzipien im Auge haben. Das geschieht vor allem durch einen sorgfältigen Umgang mit dem Recht, das dazu freilich auch noch für den Bürger überschaubar sein muß.

Politische Moral ist auf das Allgemeinwohl bezogen. Auch wenn in der demokratischen Gesellschaft der Ausgleich der Interessen weithin das politische Geschäft bestimmt, setzt gerade Demokratie die Orientierung am gemeinen Ganzen voraus. Nach Lage der Dinge ist das im wesentlichen heute immer noch das Ganze einer

Gemeinschaft von Menschen, die in einem Staat verbunden sind, u.U. in einem Staatenbund, wie der EG. Der Rahmen der Weltgemeinschaft eignet sich bisher jedenfalls nicht als Bezugsrahmen und Kriterium für die Frage nach dem Gemeinwohl.

Es ist aber sicher ein außenpolitisches Ziel der nächsten Jahrzehnte, in dieser Richtung weiterzukommen.

»Im Augenblick kann man glaube ich nur feststellen, daß Politik allen Bürgern verpflichtet ist und es wäre notwendig, daß das die Parteien in unserer Öffentlichkeit wieder stärker verdeutlichen könnten.«

Politische Moral ist zukunftsorientiert. Die Kurzatmigkeit, die sich aus den ständig wiederholten Wahlscheidungen ergibt, ist nach meiner Überzeugung einer der Kardinalfehler unserer gegenwärtigen politischen Situation. Es ist eine Frage der Moral, ob Politiker und Bürger Entwicklungen die Zeit lassen, die sie brauchen. Zukunftsorientierung politischer Entscheidungen werden nach meiner Überzeugung freilich durch Angstmache in der Öffentlichkeit gefördert.

Prozeßorientiertes Denken

Die gegenwärtige Verkehrs- oder Energiepolitik ist ein eklatantes Beispiel dafür, was herauskommt, wenn an die Stelle sachlicher Analysen die Rücksicht auf irrationale Ängste das Handeln bestimmen muß. Wo immer wirklich Bedrohungen existieren, und daß es davon viele gibt, daran kann ja gar kein Zweifel sein, sind nüchterne Überlegungen notwendig, um Auswege zu finden. Das führt zum vierten Punkt.

Politische Moral muß vor allem die Experten zwingen, Prozesse bis zum Ende zu durchdenken. Der entscheidende Fehler z.B. im Blick auf die Akzeptanz von Atomenergie war, daß man meinte, sich in der Sicherheitsfrage zunächst mit der Betriebssicherheit von Reaktoren beschäftigen zu können und die Frage der Entsorgung späteren Entwicklungen zu überlassen. Das ganze Problem der Müllentsorgung scheint mir auf denselben Sachverhalt hinauszulaufen. Man stellt Produkte her, ohne die Frage von vornherein mitzuklären, wie sie später wieder entsorgt werden können. Ich halte das für kein technisches Problem. Es ist eine Frage des politischen Willens. Technisch müßten heute für nahezu die allermeisten Bedürfnisse Stoffe hergestellt werden können, die ohne schädliche Rückstände entsorgt werden können.

Prinzip Verantwortung

Aber die Vorstellung des geschlossenen Kreislaufs, wo bei Beginn auch das Ende mitbedacht wird, scheint mir die wesentliche Konsequenz des verantwortungsethischen Denkansatzes in unserer Zeit. Das Prinzip Verantwortung von Jonas ist ja nicht neu. Ein lateinischer Spruch „Quid-quis agas prudenter agas et recipe finem“ drückt das schon aus. Es scheint mir aber eine hoffnungslose Überforderung zu sein, das Prinzip Verantwortung so anzuwenden, daß jeder politisch Handelnde die historischen Konsequenzen seines Handelns absieht und dann erst entscheidet. Das ist menschenunmöglich. Es ist aber möglich innerhalb geschlossenen Kreisläufen, vom Ziel, vom Ende her, zu denken. Und diese Disziplin ist eine Konsequenz politischer Moral.

Die Moral der Politiker

Ich gestehe, daß mir die Heuchelei unserer veröffentlichten Meinung im Blick auf politische Skandale von Mandatsträgern ein erhebliches Greuel ist. Es scheint mir ziemlich arrogant, wenn Journalisten im Brustton der Entrüstung anklagen, daß ihnen ein Politiker einmal nicht die Wahrheit gesagt hat. Dafür mag es durchaus Gründe geben. Ich finde es schlimm, wenn fähige Leute über irgendeinen Fehler stolpern, dessen moralische Verwerflichkeit eher gering ist, so, als hätten wir zuviel Sachverstand in diesem Land und könnten damit beliebig umgehen.

Es ist auch eine absurde Forderung, daß eine Gesellschaft, deren höchster Gott das Geld ist, von ihren Politikern am liebsten finanzielle Enthaltensamkeit fordert.

Welche Dummköpfe werden uns dann wohl regieren? Diese Feststellungen bedeuten nicht, daß ich an die persönliche Moral der Politiker keine Ansprüche habe. Z.B., auch wenn ich nicht möchte, daß im Privatleben von Politikern herumgeschnüffelt wird, ein deutlich schäbiges Verhalten dem eigenen Partner gegenüber macht mir einen Politiker nicht gerade vertrauenswürdiger. Vor allem aber erwarte ich, daß er sich des verantwortungslosen Geschwätzes enthält, auch dann, wenn das womöglich politische Vorteile bietet. Ich erwarte, daß er mit seiner eigenen Fittigkeit wenigstens umgehen kann. Und ich erwarte, daß er kein Opportunist ist. Ich habe also schon Ansprüche an die Moral der Politiker, wie ja z.B. auch an die Moral der Pfarrer.

Den Armen Gerechtigkeit

Brot
für die Welt

Konto 500 500 500

Aber es sind nicht die unserer veröffentlichten Meinung. Deren Entrüstung ist heuchlerisch und geschmacklos. Nur sie hat Erfolg und Sie wären schlecht beraten, wenn Sie meinen würden, mein Standpunkt wäre in dieser Sache weit verbreitet. Es bleibt Ihnen gar nichts anderes übrig, als die Situation in der Öffentlichkeit ernstzunehmen. Und da denke ich, da gibt es nur ein Heilmittel, nämlich, die Gemeinsamkeit der Demokraten wieder zu entdecken. Die ganzen Schlammschlachten müßten m.E. bald ein Ende haben, wenn sich der jeweilige politische Gegner da nicht mit hineinziehen läßt, wenn er diesem scheinbaren Vorteil, der auf lange Sicht sich allemal auch gegen ihn kehrt, nicht ausnützt, wenn er auf diese Weise diesen Sumpf Stück für Stück austrocknet. Diese Sache ist also eigentlich nicht hoffnungslos; es fragt sich nur, wieviel eigentlich noch passieren muß, bis das Vernünftige geschieht.

Horst Birkhölzer ist Oberkirchenrat in München. Es handelt sich bei dem Text um einen Vortrag im Rahmen der EAK-Landestagung der CSU Bayern in Ansbach, die unter dem Motto „Macht und Moral“ stand.

Was hat angewandte Wirtschaftsethik heute zu leisten?

Klaus Lefringhausen

Die Frage ist nicht ungefährlich, denn eine Wirtschaftsethik, die etwas leisten soll, wird schnell zum Ersatz für ordnende Rahmenbedingungen und gerät in zwicklichtige Nähe von Interessen und Zwecken, die sie instrumentalisieren und ihrer Würde berauben könnten. Sie wird andererseits nicht glaubwürdiger, wenn sie wolkig schwebend über die Niederungen des Wirtschaftsalltags hinweggeht, belang- und folgenlos, mehr rechtfertigend als produktiv störend. Deshalb kann sie der Frage, was sie heute zu leisten hat, doch nicht ausweichen.

Neue Anforderungsprofile für die Ethik

Dabei ist angewandte Ethik heute mit ganz neuen Aufgaben konfrontiert. So schafft der Problemstau er-

Hinzu kommt, daß kumulative Prozesse ethische Entscheidungen relativieren. So mag jeder Grenzwert einzeln begründbar sein, doch welche Wechselwirkungen stattfinden und wie sie im Verbund wirken, ist nicht mehr zu kalkulieren. Auch psychologisch finden kumulative Prozesse statt – zwischen Ost- und Westdeutschland zum Beispiel. Ebenso auf dem Arbeitsmarkt, denn die Tarifpolitik des Bergbaus entscheidet auch über Arbeitsplätze in der Stahlindustrie. Wo alles mit allem zusammenhängt, ist Zusammenschau statt parzellierter Verantwortung gefragt.



Politik muß für den Bürger nachvollziehbar sein!

aus: Der Gemeindebrief

heblichen Zeitdruck, so daß der Zeitfaktor zur neuen ethischen Kategorie werden muß. Ferner kann die Risikogesellschaft falsche Weichenstellungen kaum noch korrigieren. Die Verantwortung für Fernwirkungen reichen deshalb über die Überschaubarkeit von Wirkungen und Nebenwirkungen hinaus.

Ferner ist der Verantwortungshorizont auch global zu dehnen. So zerstören die heruntersubventionierten Agrarexportpreise der EG die Chancen landwirtschaftlicher Eigenproduktion vieler Entwicklungsländer. Die Folge: Importabhängigkeit und Armutswanderung aus ländlichen Regionen in urbane Zentren mit hohen Ballungskosten, extremer Umweltbelastung und sozialem Zündstoff.

Außerdem gibt es auch ethische Impulse, die sich totsiegen. So kehren sich soziale Intentionen ins Gegenteil, wenn die Tarifpolitik dem Kollegen Roboter größere Chancen als dem

Menschen gibt, wenn die Pflegeversicherung die Familien entsolidarisiert oder wenn eine 'humane' Pädagogik die Schüler zu Tyrannen macht. Jeder weiß das. Dennoch gilt als unsozial, wer diese Tabus beim Namen nennt.

Schließlich machen es Traditionsabbruch, Wertevererschleiß und Werteppluralismus schwer, konsensfähige, verbindliche und bindende Werte auszumachen. Selbst der traditionsreiche Begriff der Solidarität trägt nicht mehr, denn er geht von der Gegenseitigkeit des Gebens und Nehmens aus und findet da seine Grenze, wo vom anderen nichts zu erwarten ist.

Fortschreibungen

Die Wirtschaftsdenkschrift der EKD 'Gemeinwohl und Eigennutz' wollte weniger Antwort auf all diese Ethikprobleme sein, sondern zielte mehr auf die innerkirchliche Frage ab, ob ethisch verkehrte Fronten zu fundamentalen Vorbehalten gegen die Mechanismen des Marktes führen.

Der Markt war einst die große Waffe der Bürger gegen die Feudalwirtschaft. Mit der Verteilung über den anonymen Markt konnten sie der ständischen Gesellschaft ein leistungsorientiertes Einkommen statt Vetternwirtschaft und ererbter Privilegien abtrotzen. Machtkontrolle, so ihr Credo, war über den neutralen Markt entschieden wirksamer als über die verfilzte Politik.

Der Markt war die Zauberformel gegen Monopolgewinne, gegen Zusammenballung ökonomischer Macht, gegen Ausbeutung der Konsumenten durch minderwertige Qualität sowie überhöhte Preise. Überdies galt der Markt, der täglich vom Konsumenten Entscheidungen abfordert, als demokratischer als eine Politik, die nur alle vier Jahre zur Wahlurne ruft.

Deshalb sitzen die eigentlichen Gegner des Marktes nicht in humanistischen Zirkeln, sondern bei denen, die die Marktmechanismen aushebeln, um sich gegen den Markt und auf Kosten der Konsumenten zu bereichern. In den Chefetagen der Kartelle, in den Konferenzen verbotener Preisabsprachen, bei den Strategen der Marktaufteilungen, in den Werbezentralen, die den souveränen König Kunden manipulieren, in der Bonner Lobby, die um marktwidrige Subventionen kämpft oder sich Aufträge erschleicht. Es gibt kein Unternehmen, das nicht lieber



Integrative Kräfte entwickeln! Standortvorteile oder Markenprodukte mit hohem Prestigewert.

Es gibt keinen Wirtschaftsverband, der nicht stets auf der Lauer läge, lästige Konkurrenz durch Normung, Gesundheitsvorschriften oder Einfuhrkontingente fernzuhalten. Wenn die Chinesen ihr Wirtschaftswunder schaffen, dann wird sich zeigen, wie schnell das Credo des Freihandels verstummt.

Bewährungsfelder angewandter Ethik

Doch in der Kirche wird weithin an verkehrten Fronten gekämpft, denn die Wirtschaftsprobleme entstehen in der Regel nicht durch ein Zuviel, sondern durch ein Zuwenig an Markt. Wer den Markt bekämpft, der kämpft indirekt für mehr politisch-ökonomischen Filz, der schafft größeren Spielraum für ungerechtfertigtes Einkommen und der bestätigt Tendenzen, den Entwicklungsländern den Marktzugang zu sperren. Er stärkt ferner die Subventionsmentalität und gefährdet Arbeitsplätze durch verminderten Modernisierungsdruck. Schließlich entscheidet er sich für geringere Lerngeschwindigkeit der Wirtschaft. Das zu verdeutlichen, war die Absicht der Denkschrift.

Dabei wollte sie das Konzept einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft nicht mit anderen Ordnungsmodellen vergleichen, sondern an seiner Leistungsfähigkeit angesichts der Zukunftsaufgaben messen. Genau da aber liegt ihr Fortschreibungsbedarf. So zum Beispiel in folgenden Bewährungsfeldern:

Die Vetomacht der Interessenverbände ist ein gefährliches Störpotential. Sie kann die Gesellschaft an den Rand der Unregierbarkeit führen, indem sie Reformen blockiert, insbesondere ökologische Rahmenbedingungen verhindert oder anschließend

heute als morgen der Leistungspeitsche des Wettbewerbs ausweichen möchte, sei es über Subventionen,

unterläuft. Die Mitglieder messen den Wert ihrer Verbände weniger an der aufgeklärten Weitsicht der Interessenpolitik, sondern mehr an ihrer Vetoleistung – auch um den Preis kollektiver Selbstschädigung und sozialer Anarchie.

Wirtschaftsethik muß Verbände sozialpflichtig machen wie das Eigentum, das sie bündeln und politisch repräsentieren. Sie muß ferner mit einer Verbändeethik das kollektive Störpotential abbauen helfen, zumindest aber bewußt machen.

Planung in der Risikogesellschaft scheitert weitgehend daran, daß sich politische Durchsetzungs- und fundamentalistische Verweigerungsmentalität gegenseitig hochschaukeln.

Deshalb hat Wirtschaftsethik als Prozeßethik nicht nur den Inhalt, sondern auch und vor allem die Methoden der Entscheidung zu bedenken und auf partizipative Entscheidungsstile hinzuwirken – ein Aspekt, der nicht nur ökologisch, sondern auch im Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschland zur Schlüsselfrage wird.

Parteien, Gewerkschaften und Kirchen sind einem Vertrauensverlust ausgesetzt

Die etablierten Großorganisationen – Parteien, Versicherungen, Gewerkschaften, Kirchen – sind einem Vertrauensverlust ausgesetzt, weil sie vor allem an sich selbst und ihrem status quo interessiert sind und ihre Sklerose den Zukunftsaufgaben nicht gerecht wird. Sie sind mehr Werte-Ruinen als Agenten gelebter Werte und haben zum Ethikverschleiß in der Gesellschaft erheblich beigetragen.

In den Aufschwung Ost mischt sich auch Entindustrialisierung. Hinzu kommen verletzte Selbstachtung und das Gefühl der Fremdsteuerung – Erfahrungen, die die alten Chinesen einst zur sprichwörtlichen Fragen veranlaßten: „Warum haßt Du mich, ich habe Dir doch gar nicht geholfen.“

Wirtschaftsethik hat deshalb zum Perspektivenwechsel zu befähigen, um das deutsch-deutsche Psychodrama von allen Seiten und verdächtigungs-frei sehen zu lernen.

Die Energiekartelle haben trotz der staatlichen Mitsprache nur ein Versorgungs- und nicht auch ein ökologisches Mandat. So können sie sich unange-

fochten gegen die kostendeckende Einspeisung privater Solarenergie in ihr Stromnetz sperren.

Der Arbeitsmarkt exkommuniziert die Leistungsschwachen und steigert gleichzeitig die Qualitätsanforderungen. Wer sich der Notwendigkeit eines Zweiten Arbeitsmarktes verschließt, reichert den innenpolitischen Sprengstoff gefährlich an.

Angewandte Wirtschaftsethik muß deshalb Experimente fördern, die bei aller Vorrangigkeit des normalen Arbeitsmarktes der wachsenden Sockelarbeitslosigkeit derer, die nicht gebraucht werden, gerecht werden.

Konstruktionsschwäche einer Gesellschaft aufdecken

Solange die Nord-Süd-Verantwortung Neben- und nicht integrales Querschnittsthema der Politik ist, spielt die Politik mit sozialem Sprengstoff, der gefährlicher ist, als wir heute noch ahnen. Spätestens in Zeiten der Rucksack-Atombomben mit entsprechenden Erpreßbarkeiten wird sich zeigen, welches weltpolitische Klima wir uns geleistet haben.

Wirtschaftsethik wird die Konstruktionsschwäche einer Gesellschaft bewußt machen, die ihre Interessen organisiert, ohne daß die der Menschen in Übersee oder der künftigen Generationen eine Lobby haben.

Für die ökologische Umorientierung der Zivilisation, die die Wirtschaftsschrift der EKD fordert, lassen sich keine Blaupausen am ethischen Reißbrett entwickeln. Sie kann nur Ergebnis einer gemeinsamen Suchbewegung und einer ethischen Koevolution sein.

Wirtschaftsethik zielt auf eine solche Suchbewegung ab, kann also nicht moralischer Monopolanspruch, argumentative Waffe gegen Meinungsgegner oder Mittel der Abgrenzung mit identitätsbildender Schärfe sein. Sie muß die Selbstisolierung der Rechthaber überwinden, integrative Kraft entwickeln, die lähmende Vertrauenskrise überwinden helfen und zum Aufbruch zu neuen Ufern ermutigen. Nur so läßt sich der Ausgangspunkt einer gemeinsamen Suchbewegung finden: die Solidarität der Verlegenheit.

Dr. Klaus Lefringhausen ist Beauftragter des Rheinischen Präses für Ökumene und Wirtschaft.

Plädoyer für Militärseelsorge als Gruppenseelsorge

Hans-Jürgen Lichtenberg

Wir leben in einer Zeit, in der zahlreiche Traditionen und bestehende Strukturen in Frage gestellt werden. Davon bleibt auch die Militärseelsorge nicht ausgenommen. Manche theologischen Kritiker – vor allem in den neuen Ländern – befürworten es, diese Form der Seelsorge aufzugeben.

Sicherlich, es trifft zu: Die Militärseelsorge ist keinesfalls sakrosankt. Wird sie jedoch konkret in Frage gestellt, so gilt es zu argumentieren. Das wiederum ist nur dann möglich, wenn man weiß, wovon man spricht, nämlich von einer Form der Gruppenseelsorge.

Niemand wird wohl die Seelsorge an Studenten, Kranken, Seeleuten oder Gefangenen grundsätzlich in Abrede stellen wollen. Ohne kritische Einwände wird anerkannt, daß solche Formen kirchlichen Handelns als Gruppenseelsorge ihre Berechtigung haben. Denn sowohl Soziologie als auch Psychologie belegen, daß der Mensch als Individuum mit seinen Fragen, Interessen und Nöten auch in hohem Maße von der Gruppe abhängig ist, in der er lebt. Nicht weniger als für die genannten Gruppen gilt dies für den Wehrpflichtigen wie für den Berufssoldaten, die im Militärdienst ihre ganz speziellen Probleme haben.

Probleme der Gruppe aufgreifen

Wer für die Angehörigen dieser Gruppe Seelsorger sein will, muß mit den Problemen dieser Gruppe vertraut sein. Er muß nicht nur ihre „Sprache“ kennen, sondern auch um Strukturen und spezielle Fragestellungen wissen. Sonst kann ein Ratschlag vom Evangelium her schnell zum realitätsfernen Sermon verkommen.

Dies schließt Militärseelsorge als Unterabteilung der militärischen „Inneren Führung“ aus, aber alle Formen kirchlichen Handelns wie zum Beispiel Gottesdienst, Sakrament, Amtshandlungen und Einzelseelsorge in vollem Umfang ein.

Militärseelsorge berührt heute eine Vielzahl von Aufgaben, die sich – grob schematisiert und in der Praxis wohl nur selten so zu trennen – in zwei Bereiche einteilen lassen: zum einen die Probleme und Nöte des einzelnen



Dr. H.J. Lichtenberg: Für die Bundeswehr bedarf es einer besonderen Form der Seelsorge.

Menschen in der Soldatenwelt, zum anderen die Diskussion um sicherheitspolitische Konzeptionen, um die Teilnahme der Bundeswehr an UNO-Einsätzen wie z.B. in Somalia, um das Ende des „Kalten Krieges“ und Sinn und Aufgaben einer neuen Sicherheitspolitik, um die Reduzierung der Bundeswehr und um die Diskussion neuer Aufgaben für die Armee wie z.B. den Einsatz für Belange der Umwelt.

Daß es dabei zu Konflikten mit Ansichten und Verhaltensweisen von Militärs, auch zu sehr grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten kommen kann, liegt nahe. Dies verwundert auch nicht, denn der in den Veröffentlichungen der Militärseelsorge oft zitierte Grundsatz der „kirchlichen Solidarität“, die Kirche und Bundeswehr miteinander verbindet, beinhaltet eben auch das Adjektiv „kritisch“.

Sollte die Militärseelsorge aufgegeben werden, stellt sich mir die Frage, ob örtliche Gemeindepfarrer wirklich all das leisten können, was die Militärseelsorge durch ihre unmittelbare Nähe zum Soldaten, durch ihre jahrzehntelange Erfahrung und auch durch

ihre inzwischen erreichte Organisationsform auszeichnet. So manche Pfarrgemeinde ist schon jetzt mit so vielen Problemen konfrontiert, daß ich nicht weiß, warum zu den bisherigen Aufgaben noch ein neuer Komplex hinzukommen soll. Sogar den besten Willen unterstellt, mag die Gefahr der Oberflächlichkeit, der raschen „Abwicklung der Kasernenklientel“, manchmal allein schon aus Zeitgründen naheliegen.

Gute Konzepte beibehalten

Sicher sind heute auch schon manche Gemeindepfarrer im Nebenamt Standortpfarrer. Aber dabei ist nicht zu vergessen, daß es für Organisation und Inhalt der Militärseelsorge das Evangelische Kirchenamt der Bundeswehr gibt. Seitdem die kirchliche Leitung der Militärseelsorge dem Militärbischof unterliegt, wurden eine Menge

Konzepte entworfen und umgesetzt. Ich nenne hier nur den großen Komplex des Lebenskundlichen Unterrichts, die „Rüstzeiten“ wie auch die Freizeitgestaltung in eigenen Soldatenheimen und die Informationsmaterialien für Soldaten und Seelsorger. Nicht zuletzt kommt auch der Arbeit der wissenschaftlichen Kommissionen zu aktuellen Fragen im Spannungsfeld von Bundeswehr, Politik und Gesellschaft grundlegende Bedeutung zu.

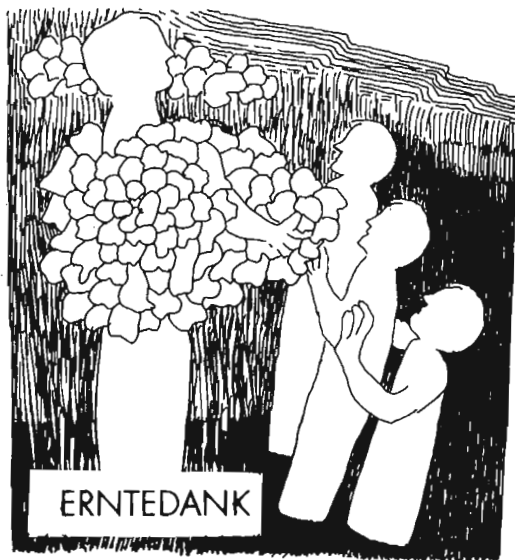
Daher mein Plädoyer: Weil ich die Bundeswehr als Gruppe und den einzelnen Menschen, der in dieser Gruppe leben will (oder: muß), ernst nehme, bin ich überzeugt, daß es hierfür auch eine besondere Form der Seelsorge bedarf. Damit meine ich eine Seelsorge, die unmittelbar am Standort ist und sowohl Zeit als auch Erfahrung für die speziellen Themen, für die Nöte und die Hoffnungen von Soldaten mitbringt, kurz: die Institution Militärseelsorge.

Dr. Hans-Jürgen Lichtenberg MdL, ist stellvertretender Landesvorsitzender des EAK. Mit seiner Wahl ins Parlament schied der Verfasser mit dem Dienstgrad Major aus der Bundeswehr aus.

Ann.: Über die Zukunft des Militärseelsorgevertrages wird die EKD-Synode im November diskutieren.

Erntedankfest 1993

Das Erntedankfest ist ein altes kirchliches Fest, an dem die Christen Gott nach dem Einbringen der Feldfrüchte ihren Dank bestatten. Mag sein, daß bei uns in einer Zeit des Überflusses viele Menschen keinen Gedanken mehr daran verschwenden, daß es weite Regionen auf dieser Erde gibt, wo Hunger und Not den Alltag prägen. Das sollten gerade wir Christen uns an einem solchen Tag vor Augen halten. Denn auch bei uns ist nicht alles so selbstverständlich. nach wie vor ist die Einbringung der Ernte mit viel Mühe und Arbeit verbunden und den Risiken



aus: *Der Gemeindebrief*

der Natur ausgesetzt. Die Ernte diese Jahres ist ein gutes Beispiel dafür. Sie konnte nur unter größten Schwierigkeiten in die Scheuern gebracht werden. Die Landwirte waren von früh bis spät im Einsatz. Gerade am Erntedanktag sollte man ihnen dafür Anerkennung aussprechen. ...

In anderen Teilen der Welt haben die Probleme viel größere Dimensionen. Trotz aller Hilfeleistungen der Industrieländer ist die Ernährungslage in weiten Teilen der Dritten Welt nach wie vor äußerst angespannt. Nach einem Bericht der Weltbank leben 1,1 Mrd. Menschen unter der absoluten Armutsgrenze. Über eine halbe Milliarde leidet an Hunger

oder Unterernährung. Und die Weltbevölkerung wächst jeden Tag um 250.000 Menschen.; das sind jährlich nahezu 100 Millionen Menschen. Wenn diese Entwicklung anhält, wird sich die Menschheit

von rund 5,3 Mrd. heute bis zum Jahre 2050 fast verdoppelt haben. Diese Zahlen zeigen uns überdeutlich, auf welchem Feld sich die Zukunft dieser Erde entscheidet. Es muß gelingen, die ländlichen Gebiete in den Ländern der Dritten Welt so zu entwickeln, daß sich die Bevölkerung dort aus eigener Produktion weitgehend selbst versorgen kann,

ohne dabei die Umwelt zu schädigen. Das erfordert große finanzielle Anstrengungen, die ein Umdenken in weiten Teilen unserer Bevölkerung notwendig machen. In diesem Sinne wünsche ich uns allen ein nachdenkliches Erntedankfest. Christus hat uns in vielen Beispielen aufgefordert, sich um den Nächsten zu kümmern, zu geben und zu teilen. Die Not in vielen Teilen der Welt sollte uns beflügeln, mehr Verantwortung für die dort lebenden Menschen zu übernehmen. Letztendlich kann langfristig nur so unser eigenes Überleben gesichert werden.

Jochen Borchert,
Bundeslandwirtschaftsminister, Bonn

Unruhe und Geduld:

Die „Unruhe“ in der Uhr gewährleistet die rechte Zeitansage; sie zeigt, was die Stunde geschlagen hat. Unruhe hat ihren Ort nicht zuerst im Handeln, sondern im wachen Erfassen der Situation, im Sich-Anrühren-Lassen, im inneren Bewegtwerden. Und aus dieser Haltung heraus kann sich Geduld bewähren und in politisches Handeln umsetzen, weil sie die Einschätzung des Nötigen und des Möglichen auf ein menschliches Maß bringt und vor Überforderung sich selbst und anderen gegenüber bewahrt.

EKD-Ratsvorsitzender
Prof. Dr. Klaus Engelhardt
auf dem Jahresempfang der EKD

Büchermarkt

Georges Endole (Hrsg.): Lexikon der Wirtschaftspolitik, Herder Verlag, Freiburg 1993

Wie können ethische Gesichtspunkte und Prinzipien in der modernen Wirtschaft zur Geltung gebracht werden?

Dieser zukunftsentscheidenden Frage gehen namhafte Fachleute in über 200 grundlegenden Artikeln nach.

Wer im Spannungsfeld von Wirtschaft und Moral nach tragfähigen Antworten sucht, findet in diesem interdisziplinären Lexikon das unverzichtbare Orientierungswissen. Das Standardwerk für alle, die kompetent urteilen und verantwortet handeln wollen.

Peter Kemper (Hrsg.): Opfer der Macht. Müssen Politiker ehrlich sein? Insel Verlag, Frankfurt a.M. 1993, 277 Seiten

Das Verdienst des von Peter Kemper herausgegebenen Sammelbandes ist die Abwendung von einer allzu moralischen Wertung der Politik. Auf der Tagesordnung demokratischer Gesellschaften, die aus ihren Erfahrungen mit totalitärer Macht in diesem Jahrhundert lernen müssen, steht die komplizierte Aufgabe, sich auf die komplizierten Zukunftsaufgaben einzustellen wollen, steht ein „neuer Umgang mit der Macht“ (Kemper), nicht die Schaffung eines neuen, von allen irdischen Verlockungen freien Menschen. Diskutiert werden muß über politische Strukturen, ungleiche Machtverhältnisse, soziale Ungerechtigkeiten und Demokratiegefährdungen durch aggressive ökonomische Interessenpolitik.

Daß von Politikern, die sich an dieser Diskussion beteiligen und Verantwortung für den Erhalt von demokratischen Verhältnissen übernehmen, Ehrlichkeit und Integrität zu erwarten sind, versteht sich von selbst. In allen anderen Dingen sind sie auch nur fehlbare Menschen. „Ich stelle an den Politiker, den ich wähle“, schreibt mit böhmischer Gelassenheit Ota Filip, „nicht die Forderung nach einer

absoluten Ehrlichkeit. Ich bin schon zufrieden, wenn er mich nicht zu oft belügt und uns allen ab und zu wenigstens nützlich ist.“

Christoph Kleßmann (Hrsg.): Kinder der Opposition. Berichte aus Pfarrhäusern in der DDR. Gütersloher Verlaghaus, Gütersloh 1993.

Welche Bedeutung die Pfarrhäuser für das geistige Klima in der DDR gehabt haben, zeigen die lebendigen Erfahrungsberichte der „Pfarrerskinder“. Aus ihrer Situation erwachsen gleichermaßen politische Konflikte wie auch ein bestimmtes Maß an innerer Freiheit und Unabhängigkeit. Die Leipziger Ereignisse, die den Sturz des Regimes bewirkten, zeigten dann deutlich die herausragende Rolle, die Kirchen und Christen spielten. Der Beitrag von Friedrich Schorlemmer, dem diesjährigen Friedenspreisträger, gibt in besonderem Maße einen Einblick in die Rolle, die Pfarrhäuser als »Bastionen geistigen Bürgertums« während der gesamten Zeit der DDR spielten.

Peter Calvocoressi: Who's who in der Bibel – 256 Seiten, mit 62 Schwarzweiß- und 81 Farb-Abbildungen, Karten, Stammbäumen, Register, Hardcover mit farbigem Schutzumschlag, Kreuz-Verlag, Stuttgart 1993

Peter Calvocoressi stellt in diesem reich und farbig bebilderten Nachschlagewerk zur Bibel mehr als 450 Gestalten aus dem Alten Testament, dem Neuen Testament und den Apokryphen vor und erzählt ihre Geschichten. Hinzu kommen ausführliche Erläuterungen zu bedeutenden Werken aus der Kunst, Literatur und Musik, denen die biblischen Gestalten als Vorlage dienten.

Verwirrend ist die Vielzahl der biblischen Gestalten, der weisen und närrischen, der guten und bösen. Doch wer ist wirklich noch so bibelfest und kennt sich in dem Buch der Bücher aus, weiß um die berühmten wie berühmten Cha-

raktere und ihre Geschichten? Diesem Mangel möchte Peter Calvocoressi fundiert abhelfen.

PETER CALVOCORESSI



WHO'S WHO IN DER BIBEL

Kreuz Verlag

Ganz im Stil des Who's who und auf unterhaltsame Weise schildert er unsere biblischen Vorfahren und ihre Taten von A bis Z. Sein wichtigstes Ziel hierbei ist es, zu allen aufgenommenen Personen die in der Bibel genannten Fakten anzuführen. Zudem weist er ausführlich auf die Wirkungsgeschichte in der darstellenden Kunst, Literatur und Musik hin.

Dieses höchst informative Lexikon ist durchgehend mit berühmten und teils in Vergessenheit geratenen Gemälden in Farbe und Schwarzweiß illustriert. So treten die biblischen Gestalten und ihre Lebensgeschichten neu und in aller Dramatik vor unsere Augen.

Fr.-X. Durrwell: „Im Tod ist das Leben – Christus, der Mensch und der Tod“ 113 Seiten, Verlag Neue Stadt. 1993.

Wer ein Buch sucht, das ihm Antworten aufgrund des Glaubens für die existentiellen Fragen um das Sterben sowie auf das, was wir ersehnen, Antwort geben kann, der sollte zu diesem Büchlein greifen. Er wird dann erfahren, daß er einen guten Griff getan hat, weil und insofern er in diesem Bändchen sowohl Wissen aufgrund der Aussagen der HI. Schrift empfängt, wie aber auch meditative Gedanken über Sterben und Leben. Dies alles aber wird begründet am Sterben und Auferstehen Jesu Christi, der Grundausage des christlichen Glaubens.

Klaus Völkers

Alfred Grosser: Mein Deutschland, Verlag Hoffmann & Campe, 320 Seiten, Hamburg 1993

„Mein Deutschland“: persönlicher kann ein Buchtitel wohl kaum sein. Und das, was Alfred Grosser in diesem Buch beschreibt, ist in der Tat eine sehr persönliche Sicht von Deutschland. Es ist ein Streifzug durch deutsche Geschichte von 1925, dem Geburtsjahr Grossers, bis zur Gegenwart.

Im Mittelpunkt steht Grosser selbst: von seiner Geburt in Frankfurt/Main, über seine Emigration nach Frankreich und sein Leben dort. Er selbst bezeichnet sich als Franzose, dennoch eng verbunden mit Deutschland. Als kritischer Begleiter deutscher und französischer Politik hat er sich immer mit den unterschiedlichsten Leuten auseinandergesetzt, Positionen hinterfragt und andere Meinungen zu verstehen versucht. So ist Grossers Deutschland voll mit Namen all derjenigen, die seit 1945 Politik und Schlagzeilen in Deutschland gemacht haben. Ereignisse wie die deutsche Wiederbewaffnung, der Radikalerlaß, der NATO-Doppelbeschluß und schließlich die deutsche Wiedervereinigung schildert er sehr persönlich und sehr lebendig. Parteien, Kirchen und Gewerkschaften müssen seinem kritischen Blick standhalten. Pauschalurteile aber lehnt Grosser ebenso ab wie eine eigene Festlegung auf eine politische Richtung.

Seine vielen Reden, Fernsehauftritte und Publikationen im deutschsprachigen Raum, die er auch gerne im Buch zitiert, beweisen, wie differenziert sein Blick ist. Gerade dadurch ist Grosser zu dem geworden, was er heute ist: kritischer Mittler zwischen Franzosen und Deutschen und einer der großen Politikwissenschaftler unserer Zeit. Sein Buch ist keine wissenschaftliche Erörterung deutscher Politik, es ist das Resümee eines Lebens.

Fazit: es scheint, als hätte sich Grosser mit diesem Buch selbst ein Geschenk machen wollen – und damit auch ein Geschenk an jeden Leser, der diese Reise durch Grossers Leben mit ihm gehen will.

Corinna Philipp

Erwin Fahlbusch u.a. (Hrsg.): Evangelisches Kirchenlexikon Band 3, L-R, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1992.

Schon bei Erscheinen des ersten Bandes als „größter Wurf des Verlages Vandenhoeck & Ruprecht seit 1945“ angekündigt ist mittlerweile der dritte Band des Evangelischen Kirchenlexikons erschienen. Mit berechtigtem Stolz wird in Verlagsanzeigen auf die durchweg positiven Kritiken, v.a. aber die große Resonanz verwiesen, die die „Internationale theologische Enzyklopädie“ nicht nur in der Fachwissenschaft, sondern auch bei einer breiteren interessierten Öffentlichkeit erfahren hat.

Schon der gewählte Untertitel des in dritter Auflage völlig neu konzipierten EKL zeugt vom neuen Selbstverständnis dieses Nachschlagewerkes für Theologie und Kirche, Religion und Gesellschaft, und auch vom Selbstbewußtsein der fünf Herausgeber. Die neueren theologischen und kirchlichen Entwicklungen und die veränderte gesellschaftliche Situation, mit der das Christentum konfrontiert ist und in der das Evangelium heute neu bezeugt werden muß, machen, so die Herausgeber, eine grundlegende Neuorientierung notwendig. Nicht ein einziger Artikel aus den beiden vorausgegangenen Auflagen von 1956 und 1962 ist übernommen worden. Neben Artikeln zu theologischen Schlüsselbegriffen vermittelt das EKL Grundkenntnisse auch aus dem psychologischen, philosophischen, sozialwissenschaftlichen, rechtlichen, medizinisch-ethischen und kulturellen Bereich, zu neuen Stichworten wie Asyl, Feministische Theologie, Ökologie, Rechtsradikalismus oder Wirtschaftsethik. In „evangelischer Universalität“ will das EKL die heutige Situation in Theologie und Kirche erfassen und aus der Provinzialität im theologischen Denken herausführen. Dazu gehört, daß es dem Leser über den eigenen kirchlichen und kulturellen Rahmen hinaus ökumenische Perspektiven eröffnet. Deshalb sind neben den Vertretern der großen Kirchen auch solche säkularen und nicht-christlichen Denkens zur Mitarbeit herangezogen worden. So wird der ökumenischen und internationalen Ausrichtung etwa in umfangreichen Länderartikeln Rechnung getragen.

Nach Erscheinen des dritten des auf vier Textbänden sowie einen Registerband angelegten theologischen Handlexikons ist eine erste generelle Würdigung des EKL erlaubt. Wenngleich der Verlag die vorgesehenen Termine für die Veröffentlichung der Teilbände bislang bei weitem nicht hat einhalten können – Erscheinungstermin für die letzte Lieferung zu Band 4 soll nun Anfang 1995 sein – und auch der Subskriptionspreis um etwa 10% nach oben korrigiert werden mußte, so hat das EKL die hohen Erwartungen doch erfüllt und sich als verlässliches, aktuelles und theologisch fundiertes Nachschlagewerk erwiesen. Im Urteil der Kritik werden die redaktionelle und verlegerische Sorgfalt, die ökumenische Weite, aber auch die Praxisnähe und gute Lesbarkeit der Artikel hervorgehoben. Sie sind ausnahmslos von international renommierten Fachleuten in ihren Gebieten verfaßt. Für den dritten Band sei u.a. auf Martin Brecht, Friedrich Wilhelm Graf, Johann Baptist Metz, Karl Ernst Nipkow, Konrad Raiser oder Klaus Wegenast verwiesen.

Festzuhalten bleibt, daß das neue EKL versucht, Rechenschaft über den Glauben und eine Orientierung in den drängenden Fragen der Gegenwart zu geben. Es vermittelt Theologie dabei konsequent ökumenisch, international und interdisziplinär. Neben den anderen klassischen Lexika ist es zu einem unentbehrlichen Nachschlagewerk für Pfarrer, Religionslehrer und kirchliche Mitarbeiter, aber auch für Journalisten und Politiker geworden, für alle, wie Karl-Alfred Odin einmal in der FAZ geurteilt hat, die sich über Kirche und Theologie und ihr Wirken in der Gegenwart informieren wollen.

Johannes Heide

Renate Wolff: Wohin kein Licht dringt. 536 Seiten. Quell Verlag Stuttgart 1993

Die Anwältin Charlotte Adler wird eines Tages aufgefordert, einen besonderen Auftrag zu übernehmen. Sie soll eine Frau verteidigen, die beschuldigt wird, als Ella Schneider Aufseherin in einem Konzentrationslager gewesen zu sein. Dieser Auftrag wird für Charlotte zu einer dramatischen Begegnung

mit ihrer eigenen Vergangenheit... Wie die Angeklagte ist sie in Berlin geboren und aufgewachsen. Ihr ruhiges und behütetes Leben in einer Dahlemer Arztfamilie beginnt sich in dem Moment radikal zu verändern, als Adolf Hitler an die Macht kommt. Schmerzlich wird ihr bewußt, was es heißt, eine Halbjüdin zu sein. Zum Entsetzen der Familie tritt ihre jüngere Schwester, gerade konfirmiert, zum Judentum über und geht in den Untergrund. Charlotte engagiert sich im „Reichsverband Nichtarchischer Christen“. Von dort aus organisiert sie (bis 1940 mit staatlicher Genehmigung) die Ausreise halbjüdischer Kinder nach Schweden. 1940 jedoch wird Charlotte ausgebürgert, Mutter und Bruder werden aufgrund einer Denunziation ihrer Hausangestellten Ella verhaftet. Beide überleben das KZ, doch sie werden mit ihren Verletzungen leben müssen... Und jetzt soll ausgerechnet sie, Charlotte Adler, die Verteidigung dieser beschuldigten Frau übernehmen?

Protestant: Das Jahrhundert des Pastors Martin Niemöller, Begleitbuch zur gleichnamigen Ausstellung in Wiesbaden und Berlin im Frühjahr 1992 mit Beiträgen von Matthias Benad, Karl Herbert, Leonore Siegele-Wenschkewitz. Hrsg. von Hannes Karnick und Wolfgang Richter im Auftrag der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Ev. Presseverband in Hessen und Nassau, Frankfurt/M. 1992, 308 S.

Unsere Besprechung erstreckt sich nicht auf die Publikation in ihrer Funktion als „Begleitbuch“ zur genannten Ausstellung, sondern auf die Aufsatzsammlung als selbständiges Medium kirchengeschichtlicher Forschung. Was die Begleitbuchfunktion anbelangt, so hätte ich mir dringend gewünscht, daß von dem großen Aufwand für die technische Präsentation der Ausstellung mehr Geld für eine ansprechendere Gestaltung des Katalogs abgezweigt worden wäre! So decken sich Form und Inhalt nicht genügend.

Die genannten Beiträge orientieren sich vor allem an Niemöllers Biographie: Benad behandelt Niemöllers Lebensweg von 1892 bis 1931, 1937 bis

Niemöllers Tod (6.3.1984). Leonore Siegele-Wenschkewitz wendet sich den Jahren von 1930 bis 1938 sowie (eher problemorientiert) der Judenfrage und schwerpunktmäßig Niemöllers Gattin Else geb. Bremer zu. Karl Hebert behandelt Niemöller als Kirchenpräsident (1947 – 1964).

Was die einzelnen Beiträge bei aller Unterschiedlichkeit der Theoriebildung, Akzentsetzungen und Grundsatzauffassungen eint, ist das Bestreben, Kirchengeschichte nicht exklusiv als theologisch-geistliche Disziplin zu verstehen, sondern auch (nicht nur!) als Teilbereich der Gesellschaftsgeschichte. Dies bedeutet, daß hier Menschen auch als Zeitgenossen mit ihren bürgerlichen Hoffnungen und Sehnsüchten ernst genommen und entsprechend beschrieben werden. Auf diese Weise wird – aufs Ganze gesehen – die sonst schnell heraufziehende Gefahr vermieden, daß Zeitgeschichte als geschichtlich ausgeübtes Gericht über die Vergangenheit verstanden wird und der Historiker, wovon schon Adolf von Harnack mit Recht gewarnt hat, zugleich auch das Amt des „Herzenskündigers“, d.h. des Richters der Zeiten übernimmt. Eine Betrachtung historischer Zusammenhänge, in der der „Blick

Es ist unmöglich, daß ein Mensch in die Sonne schaut, ohne daß sein Angesicht hell wird.

Friedrich von Bodelschwingh

von hinten“, d.h. a posteriori konstruierte Kriterien überwiegen, führt meistens zu Schuldzuweisungen und Moralismus.

Dem Leser wird Niemöllers Person in ihren verschiedensten Zusammenhängen vor Augen geführt. Auch „kritische“ Stellen werden nicht ausgespart (nicht nur 66, 104/107), wenngleich ein Grundzug „kritischer Sympathie“ die Grundlinien des Buches bestimmen. Sympathisch klingt Karl Herberts Versicherung, es sei keine „Ruhmesgeschichte der EKHN“ (239) beabsichtigt. Auf S. 66 wird der „Mythos Bekennende Kirche“ erwähnt. ...

Karl Dienst

3 Jahre Einheit Deutschlands: Die Zukunftschancen entschlossen nutzen

„Vor drei Jahren haben wir mit vielen Freunden in der Welt die Einheit Deutschlands gefeiert. In diesen drei Jahren wurde viel erreicht; darauf können alle Deutschen stolz sein. Gleichzeitig müssen wir aber auch für diejenigen Perspektiven aufzeigen, die in dieser schwierigen Umbruchzeit mit nicht erfüllten Hoffnungen, Enttäuschungen und Mißmut zu kämpfen haben. Gerade der 3. Oktober sollte genutzt werden, die großartige Chance der Einheit in den Vordergrund zu stellen ...“

Bei aller Zuversicht und allem Optimismus für den Aufbau in den neuen Bundesländern müssen wir aber auch erkennen, daß so manche Hoffnung bislang nicht erfüllt werden konnte. Niemand sollte sich aber jetzt von jenen Kräften in der SPD, bei den Grünen und der PDS entmutigen lassen, die die deutsche Einheit von Anfang an nicht gewollt haben. Enttäuschungen in einzelnen Bereichen dürfen nicht zur Aufgabe der Zuversicht im Ganzen führen. Sonst spielen wir den Radikalen von rechts und links in die Hände, die ihre Vorteile aus dem Schüren von unberechtigten Ängsten und Befürchtungen, Neid und Fremdenfeindlichkeit ziehen wollen. Radikale Kräfte gefährden den inneren Frieden in unserem Land und die Zukunftschancen für viele Arbeitsplätze; sie beschädigen das Ansehen Deutschlands in der Welt. Ihnen treten wir entschieden entgegen.

Nutzen wir den 3. Oktober, um uns die positiven Perspektiven und Chancen der Einheit vor Augen zu führen. Dazu gehört auch, daß alte und neue Länder voneinander lernen. Nicht zuletzt müssen wir jetzt entschlossen auch die schon in den neuen Bundesländern gesammelten positiven Erfahrungen und Errungenschaften auf die alten Bundesländer übertragen. Hierzu zählen u.a. die privatwirtschaftliche Finanzierung von Infrastruktur und die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren. Dieses Lernen voneinander ist ein Stück gelebte Einheit.

Peter Hintze

„Der 3. Oktober fällt in diesem Jahr auf einen Sonntag. Wir feiern Erntedanktag und wenden uns damit dem Lebensthema der Dankbarkeit zu. Unser Leben würde verkümmern, übersähen wir, wofür wir danken können. „Lobe den Herrn, meine Seele, und vergiß nicht, was er dir Gutes getan hat“ (Psalm 103,2). Dankbarkeit öffnet die Augen. Wir erinnern uns. Wir sind dankbar für geöffnete Grenzen und wieder-gewonnene Freiheit. Doch wir begreifen zugleich: Die Einheit fordert ihren Preis. Das ist bislang zu sehr verschwiegen worden. Besonders von westlicher Seite ist häufiger zu hören, in den neuen Bundesländern werde viel zu viel gejamert, auch in der Kirche.“

Zumindest sie müßte doch ermutigen, zu Zuversicht und Geduld aufrufen. Es trifft zu: Selbstmitleid ist von Übel. Doch es besteht ein Unterschied zwischen wehleidigem Jammern und berechtigter Klage. Ein Blick in die Psalmen zeigt, daß vor Gott beides sein Recht und seinen Platz hat, Lob und Klage, Dank und Aufschrei.

Es gehört zu den Aufgaben der Kirche, deutlich und klar zu benennen, was tatsächlich geschieht. Sie muß das Gute gut nennen und Unrecht Unrecht, ohne falsche Rücksichten zu nehmen. Die Kirche bedarf der aufrichtigen Rede und der wahrhaftigen Zeugen. Sie muß versuchen, möglichst nahe bei den Menschen und ihren Sorgen und Nöten zu sein. Sie gilt es, zur Sprache zu bringen.

Die Kirche wird die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft mahnen, Lösungen zu suchen, die Ungerechtigkeiten verhindern und die vor allem die Würde der Menschen respektieren.

Christoph Stier

Anm.: Mecklenburgs Landesbischof, Christoph Stier und der CDU-Generalsekretär Peter Hintze nahmen an der 34. Bundestagung am 22./23. Oktober 1993 in Lübeck teil.

Aus unserer Arbeit

Wertvorstellungen haben noch starken Rückhalt

Stuttgart. Auch in der heutigen säkularisierten Gesellschaft haben christliche Wertvorstellungen noch einen starken Rückhalt. Darin stimmten der württembergische Landesbischof **Theo Sorg** und der Generalsekretär der baden-württembergischen CDU und Unions-Bundestagsabgeordneter **Volker Kauder**, bei der Landestagung des württembergischen Evangelischen Arbeitskreises der CDU überein. Es gebe zumal im Südwesten der Bundesrepublik, sagte Bischof Sorg, in der Bevölkerung eine „Unterströmung des Glaubens“. Sie äußere sich zwar nicht mehr in der überlieferten Form der Kirchlichkeit, trete aber doch deutlich zutage. Sorg zog jüngste Medienumfragen in Zweifel, wonach für die Bundesbürger religiöse Einstellungen nahezu bedeutungslos geworden seien. Die Gesamtentwicklung führe jedoch infolge eines verstärkten „Schubes“ von Säkularisierung und Individualisierung weg von der Kirche als Institution. Einer um sich greifenden „öden“ Beliebigkeit als Folge religiöser Verluste sollte die Kirche nach Ansicht Sorgs begegnen und Wert- und Glaubensgrundlagen stärker herausstellen.

Zum Verhältnis von Religion und Politik sagte Bischof Sorg, die Kirche habe neben ihren zentralen missionarischen und diakonischen Aufgaben auch ihren politischen Auftrag wahrzunehmen. Sie dürfe in konkreten Fällen wie dem Schutz des Lebens oder dem Generationenproblem auch den Konflikt mit dem Staat und der Öffentlichkeit nicht scheuen. In der gegenwärtigen Situation im vereinten Deutschland sei es eine wesentliche Aufgabe der Kirche, auf einen Wandel der Gesinnung hinzuwirken und die Einsicht zu vermitteln, daß wirtschaftlicher Fortschritt, Wohlstand und Komfort alleine nicht die höchsten Lebensgüter sein könnten. Kauder vertrat die Ansicht, die Kirche dürfe die Politik nicht überfordern; sie sollte Verständnis für die Politik aufbrin-

gen, deren Gestaltungsspielraum sich an den finanziellen Möglichkeiten orientieren müsse. Es sei bedauerlich, daß die Berührungspunkte zwischen Politikern und der Bevölkerung wüchsen. Wenn Politiker lächerlich gemacht würden, gebe es „immer den stärksten Beifall“, aber nur wenig Verständnis und Zuspruch. Diplom-Politologe **Uwe Wienholz** ist in Stuttgart auf der Landestagung einstimmig im Amt des Vorsitzenden bestätigt worden.

*In der Ferne
entdecken wir
den Wert
der Nähe.*

Peter Klever

Glaubhaft mit einer ehrlichen Politik

Erkelenz. „Wir haben mit einer ehrlichen Politik die Chance, glaubhaft zu sein“, unterstrich die Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Thüringen, **Christine Lieberknecht**. Bei der Bezirksversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Erkelenz referierte die Ministerin, die gleichzeitig stellvertretende Vorsitzende des EAK ist, über das neue Grundsatzprogramm der Christlich Demokratischen Partei.

Christine Lieberknecht wies darauf hin, daß die lebhaft und zum Teil auch kontroverse Diskussion über die Grundsätze gegen das allgemeine Gerede von der Politikverdrossenheit spreche. „Der Entwurf des Programms hat es geschafft, daß überhaupt diskutiert wird“, so die Ministerin, die der Grundsatzkommission angehört.

„Evangelische“ in der CDU wollen wieder aktiv werden

Hamm. „Brauchen wir noch einen Evangelischen Arbeitskreis in der CDU?“ Diese Frage stellten sich die Mitglieder, die der Einladung von **Heinrich Wiese** (1. Vorsitzender des EAK) zur Jahreshauptversammlung, gefolgt waren. Eine Frage, die mit Blick auf die ursprüngliche Aufgabenstellung und Zielsetzung nicht so einfach zu beantworten war, wie sich in der anschließenden Diskussion herausstellte. In den 70er Jahren war der EAK eine Gruppe, die vorwiegend die Interessen der „Fraktion der Evangelischen in der CDU“ vertrat, die viel Unterstützung durch die Ev. Kirche erfuhr und „geistige Impulse nach außen“ weitergab.

Der Anteil der evangelischen Mitglieder ist seitdem stark angestiegen und evangelische Christen sind in der CDU keine Minderheit mehr. „Wir brauchen und wollen keine Elitegruppe der Evangelischen in der CDU“, machte **Wolf Köhler** deutlich. Was blieb, ist der Wunsch und die Notwendigkeit, weiterhin den Kontakt zur Kirche zu pflegen und im „lockeren Kreis“ Gespräche zu führen, um Politik sinnvoll mitzugestalten. So einigten sich die Anwesenden darauf, die seit 1987 ruhende Arbeit des EAK – zunächst als Gesprächskreis – wieder aufzunehmen.

Eine kleine Gruppe Interessierter, darunter auch Nichtmitglieder, sollen zukünftig in unregelmäßigen Abständen (dreibis viermal im Jahr), eingeladen werden. Weil aber auch diese Arbeit organisiert werden muß, wurde ein „Verkleinerter Vorstand“ mit **Heinrich Wiese** an der Spitze und **Dr. Reinhold Kaldewei** als Vertreter, gewählt. Mit zur „Arbeitskreisleitung“ gehören auch **Doris Conrady** und **Hanneli Katthage**.

„Die Deutschen erwarten zu viel von ihrem Staat“

Walsrode. „Wir Deutschen erwarten zu viel vom Staat, fühlen uns aber überwiegend als Privatpersonen. Unser Anspruchsdenken nimmt zu, unser Pflichtbewußtsein hingegen

ab.“ Mit diesen Worten umriß Staatsminister a.D. **Albrecht Martin** eines der Kernprobleme, das auf der jüngsten Landestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU unter Vorsitz von **Gustav Isernhagen** neben anderem diskutiert wurde.



Albrecht Martin: Die gewandelten Verhältnisse in Deutschland berücksichtigen!

Die EAK-Landestagung widmete sich dem Thema „Verantwortung annehmen – im deutschen Alltag – in Europa – für Frieden und Sicherheit.“

Martin, der das Hauptreferat hielt, sah Verantwortung in einen Gesamtzusammenhang eingebettet. „Verantwortung heißt, sich einer höchsten Autorität, nämlich Gott gegenüber, gebunden zu fühlen, der mich als Menschen wiederum in Anspruch nimmt“, äußerte er. Verantwortung bedeute für ihn auch, die Bedingungen der Welt zu berücksichtigen, um praktische Politik und keine utopische Weltverbesserei zu betreiben. Die Hauptaufgabe der deutschen Politik in der Zukunft bestehe darin, die gewandelten Verhältnisse in Deutschland zu berücksichtigen. Das heiße für ihn einerseits, von dem Beharren auf Privilegien abzukommen und andererseits, mehr an die Zukunft zu denken und beispielsweise verstärkt in Wissenschaft und Forschung zu investieren.

Hinzu komme ein bedenklicher Hang, vieles zu verrechtlichen, was jede Privatinitiative abtöte. **Martin** nannte in diesem Zusammenhang „soziales Besitzstandsdenken“.

Die Bürger und ihr Staat

„Mit der Bergpredigt läßt sich keine Politik machen“, stellte der sächsische Justizminister **Steffen Heitmann** beim Diskussionsforum des EAK zum Thema „Die Bürger und ihr Staat – welche Rechte, welche Pflichten“ fest.

Heitmann forderte die Bürger auf, wieder mehr Eigenverantwortung zu entwickeln. Der Staat hingegen müsse wieder seine eigentlichen Aufgaben erkennen.

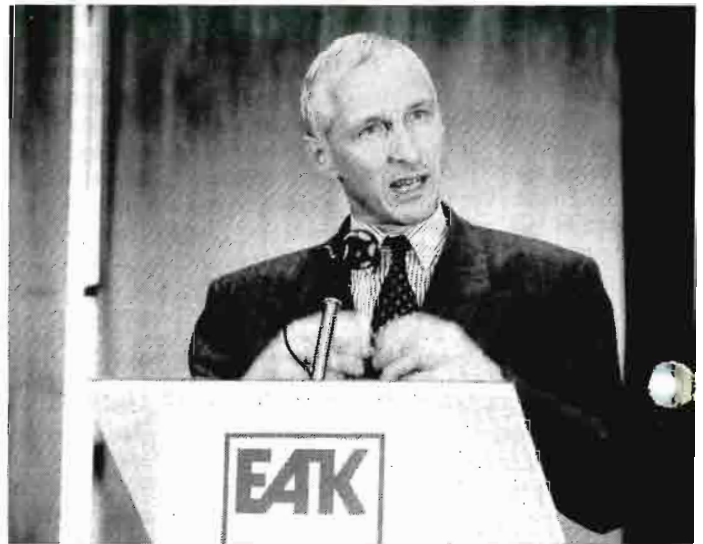
Der Vorsitzende der Grundsatzprogrammkommission, **Reinhard Göhner**, pflichtete ihm bei und stellte fest: Der Staat nimmt sich zu wichtig, und viele Bürger nehmen den Staat zu wenig wichtig.

Sorgen um den Bestand der Demokratie äußerte **Peter Beier**, Präses der Ev. Kirche im

Rheinland. Angesichts von 40% Nichtwählern formulierte er warnend: „Die Rattenfänger sind schon unterwegs.“

Editha Limbach, MdB, warnte unter Hinweis auf Wahlbeteiligungen in anderen Ländern vor Übertreibung. Alle Politiker begrüßten Überlegungen des rheinischen Präses, die evangelischen Christen zum Wahlgang und zur Stimmabgabe für demokratische Parteien in einem Pastoralbrief zu ermuntern.

Auf Unmut der ca. 400 Teilnehmer stießen Gedanken von **Konrad Weiss**, Bündnis 90/Güne, der sich auch etwas „anarchischere Strukturen“ vorstellen konnte. Mit Recht erinnerte die Bundesvorsitzende des EAK, **Angela Merkel**, abschließend daran, daß mit der Wiedererlangung der deutschen Einheit sich in diesem Staat viel verändert hat. Konsequenz für sie daraus: „Wir müssen auch mal wieder über unseren Staat streiten.“



Justizminister Steffen Heitmann: Über das Verhältnis von Staat und Bürger reden!

So muß man auch die weltliche Obrigkeit zurechtweisen, damit sie die Habe ihrer Untertanen nicht durch Wucher und schlechte Fürsorge vertut. Aber vorschreiben zu wollen, wie man Brot und Fleisch verkaufen und wie man den Besitz versteuern soll, ist nicht des Predigers Sache.

Martin Luther



Bundesparteitag Berlin: Der EAK lud zu Gesprächen am Stand ein (hier: Ministerin Christine Lieberknecht)

Parteien sollen den „Volkszorn“ ernstnehmen

Ansbach – Der CSU-Vorsitzende, Bundesfinanzminister **Theo Waigel**, rät den großen Parteien, den „Volkszorn“ ernstzunehmen, der sich gegenwärtig über sie entlade. Mit Wahlenthaltung oder der Stimmgabe für Protestparteien wolle der Bürger den Volksparteien seinen Ärger zeigen und sie zum schnelleren Handeln bewegen, sagte Waigel vor der Jahresversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CSU. Die Tagung befaßte sich mit dem Thema „Macht und Moral“. Einen Ehrenkodex für Politiker lehnte Waigel ab. Anstand und Glaubwürdigkeit der Politiker hingen nicht von Gesetzen und Verhaltensregeln ab, sondern von ihrem „Ethos und Charakter“. Wichtig sei die finanzielle Unabhängigkeit der Volksvertreter.

Waigel würdigte den scheidenden Vorsitzenden des EAK der CSU, den früheren Bundesverkehrsminister **Werner Dollinger**, als einen Politiker, der stets Ethik und Moral in den Mittelpunkt seines Handelns gestellt habe. Dollinger, der dem EAK der CSU seit 1974 vorstand, wurde Ehrenvorsitzender. Er vollendet am 10. Oktober sein 75. Lebensjahr und hatte bereits im Frühjahr angekündigt, daß er weder den Vorsitz in Bayern, noch die Position eines stellvertretenden Bundesvorsitzenden noch einmal anstreben werde. Zu seinem Nach-



Dr. Werner Dollinger, langjähriger Vorsitzender der CSU Bayern und stellvertretender EAK-Bundesvorsitzender feierte am 10. Oktober 1993 seinen 75. Geburtstag.

folger wählten die Delegierten den Europaabgeordneten **Ingo Friedrich**. Er wurde auch als Kandidat für den stellvertretenden Bundesvorsitz vorgeschlagen. Als seine Stellvertreter in Bayern wurden gewählt: die Parlamentarische Staatssekretärin im Verteidigungsministerium, **Michaela Geiger**, **Peter Höffkes**, langjähriges Mitglied des Bundestages und der Synode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands, sowie Pfarrer **Wolfgang Hofmann**.



Einladung:

EAK Berlin-Brandenburg

Dienstag, 16. 11. 1993, 19 Uhr

Kleiner Hörsaal, Theologische Fakultät der Humboldt-Universität, Dom zu Berlin, Am Lustgarten

mit

Probst Furian
Prof. Dr. Wolfgang Merbach
Frau Katrin Glase (angefragt)

„Protestantismus in der Zeit des Ost-West-Konfliktes 1945-1989“
Deutsch-ungarische Tagung in Budapest

Freitag, 29. Oktober 1993, ab 10 Uhr
u.a. Vortrag: Prof. Dr. Kurt Nowak, Leipzig

Samstag, 30. Oktober 1993, ab 9.30 Uhr
u.a. Vortrag: Prof. Dr. Martin Greschat, Gießen

Tagungskosten: 100,- DM (incl. Verpflegung)
Tagungsort: Ref. Theol. Hochschule Budapest

Informationen: Pfarrer Gyula Cseri,
Grünberger Str. 225 a,
35394 Gießen, Tel.: 0641/45237

19. Theologisches Abendgespräch
des EAK-Baden

„Was bleibt von der Gerechtigkeit?“
Pfarrer Reinhard Ehmann, Ev. Akademie Baden

Montag, 22. November 1993, 19.30 Uhr
Albert-Schweitzer-Saal
Reinhold-Frankstr. 48 a, 76133 Karlsruhe

Gesamtleitung: Günther Leis, Tel.: 0721/376250

Kreisvorsitzendenkonferenz am 18./19. November 1993
Karl-Arnold-Bildungsstätte, Venner Str. 55, Bonn

Freitag, 19. November 1993
15.30 Uhr Bundesminister Borchert
16.30 Uhr Bericht der EAK-Bundesgeschäftsstelle
19.00 Uhr „Protestantische Positionen heute“
Oberkirchenrat Kalinna

Samstag, 20. November 1993
9.30 Uhr „Die CDU im Wahljahr 1994“
Herbert Müller, Abteilungsleiter
Grundsatzfragen und politische Planung
11.00 Uhr „Was ich immer schon mal sagen wollte...“

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU ● Herausgeber: Dr. Angela Merkel, Dr. Werner Dollinger, Dr. Hans Geisler, Dr. Sieghard-Carsten Kampf, Christine Lieberknecht, Dr. Hedda Meseke ● Redaktion: Birgit Heide, Katrin Eberhardt, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 05/6 ● Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf ● Abonnementspreis jährlich 20,- DM ● Konto: EAK, Postgiroamt Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 ● Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn ● Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber.

EA

in

Aus dem Inhalt:

Die Gemeinschaft handlungsfähiger machen - Offenheit und Bürgernähe	1
Zur Frage des pädagogischen Wertekonsenses	2
Gedanken zur gegenwärtigen Situation von evangelischen Christen in politischer Verantwortung	4
Macht und Moral	6
Was hat angewandte Wirtschaftsethik heute zu leisten?	7
Plädoyer für Militärseelsorge als Gruppenseelsorge	9
Büchermarkt	11
3 Jahre Einheit	13
Aus unserer Arbeit	13

Unsere Autoren:

Dr. Wolfgang Schäuble, MdB
Bundeshaus
53113 Bonn

Prof. Dr.
Hans-Martin Pawlowski
Siegfriedstr. 11
69198 Schriesheim

Dr. Fritz Hähle, MdL
CDU-Landesverband
Prellerstr. 9
01309 Dresden

Horst Birkhölzer
Meiserstr. 11/13
80333 München

Dr. Klaus Lefringhausen
Elberfelder Str. 32
40822 Mettmann

Dr. Jürgen Lichtenberg, MdL
Katernberger Str. 528
42113 Wuppertal

100% Altpapier
chlorfrei hergestellt

Woche der ausländischen Mitbürger

Die von den Kirchen initiierte Woche der ausländischen Mitbürger muß Signalwirkung entfalten. Ein Signal dafür, daß die überwältigende Mehrheit in unserer Gesellschaft zusammensteht gegen Haß und Gewalt gegenüber unseren ausländischen Mitbürgern. Deutschland ist und bleibt ein ausländerfreundliches Land. Für die meisten Menschen in unserem Land ist ein partnerschaftliches Miteinander von Deutschen und Ausländern selbstverständlich.

Die CDU unterstützt nachhaltig die Bürger, die unermüdlich haupt- oder ehrenamtlich eine Brücke des Verstehens zu ausländischen Mitbürgern schlagen.

Die CDU steht dafür ein, die Unantastbarkeit der menschlichen Würde zu wahren. Für die mit Aufenthaltsrechten in Deutschland lebenden Ausländer müssen die Integrationsbemühungen unter Achtung ihrer eigenen Kultur und Identität

FRIEDEN gestalten

Trotzdem: Randalierer und fremdenfeindliche Hetzer haben in der Vergangenheit das Klima in unerträglicher Weise vergiftet. Sie spiegeln nicht das wahre Gesicht Deutschlands wider. Ihnen ist mit allem Nachdruck entgegenzutreten. Diejenigen, die unsere ausländischen Nachbarn und Arbeitskollegen mißachten, stehen außerhalb der Gesellschaft. Die CDU verurteilt jede Form von Gewalt gegen Ausländer.

Das diesjährige Motto der Kirchen „Frieden gestalten - Gewalt überwinden“ unterschreiben wir ausdrücklich. Es ist den Kirchen dafür zu danken, daß sie zu einem ausländerfreundlichen Klima in Deutschland beitragen. Was etwa im Bereich der Ausländerseelsorge geschieht, ist vorbildlich. Initiativen und Aktionen bewirken, daß Menschen anderer Nationalität, Sprache, Kultur und Religion bei uns willkommen sind.

verstärkt werden. Wir begrüßen die erleichterten Einbürgerungsregelungen vom 1. Juli 1993. Eine generelle doppelte Staatsbürgerschaft lehnen wir jedoch ab. Sie ist kein Mittel zur besseren Integration, durch sie wird das Verständnis zwischen Deutschen und Ausländern nicht in dem wünschenswerten Maß gefördert.

Gewalt überwinden

Aktionen wie die Woche der ausländischen Mitbürger sind ein wichtiger Beitrag zu einem verständnisvollen und toleranten Zusammenleben der Menschen innerhalb unserer Gesellschaft.

Peter Hintze, CDU-Generalsekretär